

Einlassung Tobi May

Jetzt ist es soweit. Ich stehe das erste Mal in meinem Leben als Angeklagter in einem Gerichtssaal. Mir wird im Zuge von 2 Straßenprotesten der letzten Generation, deren Teil ich im letzten Jahr war, Nötigung vorgeworfen. Ich möchte hier beschreiben, warum ich denke, dass dieser Protest notwendig und auch legitim war.

Ich denke, zur Grundmotivation brauche ich wenig zu sagen:

Es ist ein sehr breit und auch wissenschaftlich belegter Fakt und ich gehe auch ohne Hinzuziehung weiterer Beweisanträge als Gerichts-bekannt davon aus, dass wir uns in einer menschengemachten Klimakrise befinden. Unsere Bundesregierung hat sich zudem dazu verpflichtet, das 1,5°C-Ziel einzuhalten, um Kippunkte in der Klimakrise zu stoppen, deren Auswirkungen unumkehrbare Folgedynamiken in Gang setzt. Es ist wiederum breit und wissenschaftlich untermauerter Fakt, dass die von unserer Gesellschaft/Politik getroffenen Maßnahmen, die dies verhindern sollen, vollkommen unzureichend sind. Selbst das Bundesverfassungsgericht hat die Bundesregierung angemahnt, dass selbst die ohnehin unzureichenden getroffenen Maßnahmen nicht ausreichen und korrigiert werden müssen.

Nur ein kleines Beispiel, weil es so schön tagesaktuell ist. Der Bund hat vor ein paar Tagen den Bericht zur Verkehrsentwicklung vorgestellt. Laut diesem wird der motorisierte Individual- wie auch LKWverkehr - wie zu erwarten - weiter zunehmen. Anstatt aus dieser Prognose einen Steuerungsbedarf hin zu anderen Möglichkeiten abzuleiten, die Wirksamkeit der Steuerungswirkung von der derzeitigen CO₂-Bepreisung und Subventionen wie beispielsweise Pendlerpauschalen oder Dienstwagen in Frage zu stellen, werden damit der weitere Ausbau der Straßeninfrastruktur begründet (wir reden hier nicht von Bestandserhalt). Nachweislich führt jede Erweiterung der Straßeninfrastruktur zu mehr Verkehr. Von einem FDP-Politiker ist eine solche Strategie zu erwarten. Dass das aber 2024 in Anbetracht der Klimakrise irgendeinem Politiker überhaupt erlaubt ist, eine Planung mit einer strategischen Auswirkung auf die nächsten Jahrzehnte ohne jegliche Ausrichtung auf die Auswirkungen an unseren selbstgesteckten Zielen auszurichten, zeigt den Stand unserer Klimapolitik unter einem sogenannten Klimakanzler und die Notwendigkeit eines Protestes, der in Lage ist wahrgenommen zu werden.

Ich bin 47 Jahre. Seit ich auf dieser Welt bin und noch mehr seit ich (politisch) denken kann, sind die Folgen der Klimakrise benannt und bekannt, was wir tun müssten. Ich habe mich entschlossen als Teil der letzten Generation unseren Protest auf die Straße zu tragen, weil das Ergebnis der bisherigen gesellschaftlichen Prozesse kein zukunftsfähiges Handeln für die Menschen auf diesem Planeten ist. Wir alle brauchen offensichtlich eine Veränderung, damit wir die Folgen unseres kollektiven Handelns nicht schulterzuckend hinnehmen, sondern uns wieder empören, über die Zerstörung und Ausbeutung unserer Umwelt und Zukunft, so dass wir uns wieder gemeinsam darum kümmern, eine gerechte und lebensfähige Zukunft für alle zu erhalten.

Für mich sind Straßenproteste ein legitimes, weil gewaltfreies und aus meiner Sicht notwendiges Mittel uns alle aus unserer Illusion zu bringen, es könnte einfach so weitergehen.

Wer, wenn nicht wir, in einem demokratischen, reichen Land, das eine hohe Verantwortung für diesen Zustand hat, haben die Möglichkeit und die Verpflichtung das einzufordern.

Uns Protestierenden wird Nötigung vorgeworfen. Ein Gewalt-Delikt. Ich bin Familientherapeut und arbeite häufig mit Gewalt in Familien. Gewalt gegen Frauen. Gewalt gegen Kinder.

Ich weigere mich, zuzustimmen, dass ich Gewalt gegen Menschen ausübe oder gar kriminell wäre. Eine wichtige Grundlage unseres Protestes ist ja gerade die Gewaltfreiheit. Ich kann den Ärger verstehen, wenn Menschen im Stau stehen. Auch ich ärgere mich darüber, wenn ich nicht vorwärts komme.

Es ist wohl kaum vergleichbar mit dem Ärger, den die Menschen in Ländern empfinden müssen, die die Folgen unseres Handelns schon jetzt mehr als deutlich spüren müssen. Die ihre Heimat verlieren oder deren Möglichkeiten schon jetzt weit überschritten werden, mit den Folgen des Klimawandels zurecht kommen zu können.

Ich arbeite in einer kollegial organisierten Einrichtung der Jugendhilfe. Eine Grundidee unseres Arbeits-Kollektives ist, dass man nur zur Selbständigkeit und Verantwortlichkeit begleiten kann, wenn man auch selbständig und verantwortlich arbeiten kann. Wie soll ich, wie sollen wir jungen Menschen Werte wie Mitmenschlichkeit, Verantwortungsübernahme, Gerechtigkeit vermitteln, wenn wir ihnen täglich

vorleben, dass diese Werte schlussendlich nicht zählen, wenn unser Leben auf einer völlig anderen Grundlage basiert? Wenn selbst die Bundesregierung gegen das verfassungsmäßig garantierte Recht auf den Schutz der Lebensgrundlage unserer Kinder in der Zukunft verstößt. Wenn wir unseren Kindern keine adäquaten Reaktionen vorleben, die geeignet sind, ihre Zukunftsängste zu zerstreuen. Wenn wir inzwischen zwar alle die Klimakrise anerkennen, aber mitnichten den Handlungsdruck JETZT entscheidend gegenzusteuern. Denn der prinzipielle Unterschied der Klimakrise zu anderen Ungerechtigkeitskrisen ist der Faktor Zeit oder wie Antonio Guterres es sage: Wir stehen am Rande des Abgrunds.

Welches Recht haben wir mit unserer Lebensweise das Leben Anderer und das unserer eigenen Kinder zu zerstören?

Es gibt leider kaum ein Gericht, vor das die Menschen treten könnten, um gerechte Klimaentschädigungen für unsere Klima-Sünden einzufordern.

Unserem Protest wurde häufig vorgeworfen, dass er die Falschen trifft. Das eigentlichen Problem ist aber aus meiner Sicht, dass die Auswirkungen der von unserer Lebensweise ausgelösten Klimakrise die Falschen trifft. Unsere Kinder und die Menschen in weit entfernten Ländern sind diejenigen, die tatsächlich nichts dafür können. Nur werden sie es nicht sein können, sich uns und den Auswirkungen unseres kollektiven Handelns in den Weg stellen zu können.

Es gibt Berechnungen, nach denen die Länder des globalen Norden, als Verursacher des Klimawandels, Ausgleichszahlungen von 192 Billion Dollar an den globalen Süden bezahlen müssten – 192.000 Milliarden! Derzeit sind 100 Mrd. Dollar von der internationalen Gemeinschaft geplant und man rühmt sich noch für diese Almosen! Das sind die wahren Kosten unserer ausbeutenden Lebensweise, die aber nicht wir, sondern Andere bezahlen. Auch unsere eigenen Kinder werden uns nicht verklagen können, dafür, dass wir ihnen diese Schulden hinterlassen und auf ihre Kosten gelebt haben.

Als Eltern sind wir doch für das Wohl unserer Kinder zuständig! Auch als Familientherapeut werde ich von unserer Gesellschaft dafür bezahlt, Familien zu helfen, dass ihre Kinder eine gesunde Entwicklung nehmen können. Da ich systemisch-strukturell arbeite, sind für dieses Ziel auch die Systeme wichtig, in denen die Kinder leben: Ihre Familien, ihre Schulen, ihre Freunde, ihr Umfeld, ihre Umwelt und wir als Gesellschaft. Wie können wir zulassen, dass wir auf diese Art der Kindeswohlgefährdung so unangemessen reagieren? Wo es familiäre Probleme gibt, ist es Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe, für bessere Lebensbedingungen zu sorgen. Gegen ökologische Gewalt und die Zerstörung der Lebensgrundlagen helfen aber keine Maßnahmen der Jugendämter. Die Klimakrise ist eine Gerechtigkeitskrise weltweit, aber auch eine Kinderrechtskrise. Wir alle müssen uns auch auf dieser Ebene für die Rechte von Kindern einsetzen, um diese Kindeswohlgefährdung abzuwenden.

Als Familientherapeut habe ich eine Idee davon, dass und warum der Mensch bereit ist, in für ihn extrem entwicklungs einschränkenden Zuständen zu verharren. Ich weiß, dass es für Familien emotional bedeutsame Impulse braucht, damit sie sich selbst aus entwicklungshemmenden Zuständen herausbewegen können. Für unsere Gesellschaft brauchen wir das auch! Die meisten Menschen hoffen, dass diese Anliegen die Bundesregierung bewältigt. Dass sie das nicht tut beweist unter anderem, dass 60 Professorinnen und Professoren des Verfassungs- und Völkerrechts unsere Bundesregierung darauf hinweisen musste, dass sie in dieser Angelegenheit Verfassungsbruch begeht. Das ist 1 Jahr her und wir sehen, was seither passiert ist.

Ich bin noch Teil einer Generation, die ihre Großeltern fragen konnten, was sie in der NS-Zeit getan haben und wie das kommen konnte. Unsere Kinder werden uns fragen: „Was habt ihr damals gegen den Klimawandel getan? Ihr wusstet doch davon! Seid ihr einfach nur mitgelaufen und habt gewartet bis sich das Regierungshandeln ändert?“

Ich kann das nicht und ich kann meinem Sohn eine solche Antwort nicht geben. „Normale“ Demonstrationen, nicht mal die mit Millionen von Menschen haben den nötigen Handlungsdruck für Politik und uns alle erzeugen können. Die letzte große Klima-Demonstrations-Welle wurde markanterweise auch mit Aktionen zivilen Ungehorsams gestartet – nämlich Schulschwänzen. Warum lassen wir die jungen Menschen damit alleine?

Unsere Aktionen würden nichts bewirken? Wieder wird hier die Verantwortung umgekehrt. Als einzelner Mensch kann ich kaum etwas bewirken. Das was ich tun kann, tue ich bereits. Ich ernähre mich weitestgehend vegan, ich bewege mich weitestgehend mit dem Fahrrad, ich habe seit 20 Jahren Solarthermie und Solaranlage, wohne auf kleinem Wohnraum, unterstütze ehrenamtlich kostenfreien Lastenradverleih und Umweltbildungsprojekte mit Schulklassen, organisiere Kinderdemos für mehr Sicherheit für unsere Kleinsten usw. Alles Maßnahmen die meinen persönlichen, ökologischen Fussabdruck schmälern. Ein Konzept, das nachweislich von einem Ölkonzern erfunden wurde, um davon abzulenken, dass wir ein viel grundsätzlicheres Problem haben. Denn ohne ein Umsteuern von uns als Gesellschaft als Ganzes werden die Aktionen Einzelner zu wenig Wirkung erzielen. Mit unseren Aktionen wollen wir Bewegung in uns allen erzeugen. In Marburg hat sich der Oberbürgermeister mit unseren Forderungen solidarisiert und sie öffentlich an die Bundesregierung adressiert. Wir haben den Protest in Marburg daraufhin sofort eingestellt. Man stelle sich vor, das würden alle Bürgermeister so tun. Ich denke wir hätten einen anderen Prozess. Einen der anerkennt, dass wir JETZT etwas tun müssen. Unsere Idee oder Forderungen nach einer Autobahngeschwindigkeit von 120 kostet kaum Geld, Ressourcen oder Aufwand. Dass nicht einmal diese im Grunde lächerlich kleine Idee, die zudem auch gesellschaftlichen Rückhalt hat, in Deutschland keine Umsetzung findet, zeigt wie nötig unser Protest ist.

Ziviler Ungehorsam symbolisiert Entschlossenheit und eine dringende Notwendigkeit. Unsere Gesellschaft – wir alle – müssen in unserer Verdrängung gestört werden. Wir dürfen nicht weiter verdrängen, auch wenn uns die Dimension des Problems Angst macht und oft unser

Vorstellungsvermögen übersteigt. Unverhältnismäßig sind nicht die Aktionen der Letzten Generation vor den Kippunkten, sondern unser aller Krisenbewusstsein und vor allem unsere Handlungsfähigkeit. Damit wir als Menschen adäquat auf Situationen reagieren können, braucht es Wissen, aber auch die richtige Emotion, die uns bewegt. Wir müssen uns selbst und unsere Gefühle von Angst und Wut gegenüber diesem Thema wieder ernst nehmen.

Gewaltfreier ziviler Ungehorsam hat aus meiner Sicht in Gesellschaften eine wichtige Funktion, wenn die Rechte von Menschengruppen nicht in den Gesetzen repräsentiert sind, die sich eine Gesellschaft gegeben hat. Ohne zivilen Ungehorsam gäbe es bis heute weniger Rechte für Frauen, Schwarze Menschen, Non-Binäre Menschen und viele andere Menschen und im Übrigen auch noch ein geteiltes Deutschland. Auch diese Entwicklungen wurden leider nicht durch einen einfachen demokratischen Prozess eingeleitet. Es ging auch bei diesen Themen um zentralen Veränderungen, die den Menschen wichtige Veränderungsprozesse abverlangte. Solche Veränderungen passieren nicht einfach so. Der Bruch mit dem erwarteten-legitimen Verhalten auf der Straße, nämlich sie nicht dem schnellstmöglichen Weiterkommen zu überlassen, hat die entscheidende dramatisierende Wirkung, die die notwendige Aufmerksamkeit auf das Thema lenken kann.

Im Klimakontext sind die nicht repräsentierte Gruppe an Menschen, für die wir Rechte erkämpfen müssen unsere eigenen Kinder und Enkel und die Menschen, die als erstes unter den Folgen unseres ressourcenverbrauchenden Lebensstils leiden, vor allem im globalen Süden, aber inzwischen ja auch hier bei uns.

Ich setzte mich nicht auf eine Straße für meine persönlichen Bedürfnisse. Ich habe keinen Spaß daran, auf kaltem Boden, mich zwischen Autos sitzend anpöbeln zu lassen und dafür am Ende auch noch riskiere, von der Justiz bestraft zu werden. Ich setzte mich sowohl einer persönlichen Gefahr aus, als auch der verurteilt zu werden. Dies tat ich, weil ich es nicht vertreten kann, um die Folgen unseres Handelns wissend, untätig zu bleiben.

Ich saß dort für Menschen, die dort nicht sitzen können, weil sie meist weit entfernt auf der Südhalbkugel lebend, gar nicht die Möglichkeit haben sich hier vor die Verursacher:innen ihrer Misere zu stellen, uns zu begrenzen und ihren gerechten Anteil an Welt einfordern zu können. Ich saß dort für unsere Kinder und Enkel, die noch gar nicht geboren sind, um hier zu sitzen. Würden sie hier sitzen können, würde ich vielleicht auch derjenige sein, der im Stau steht! Für diese Menschen saß ich dort, werde der Gewalt an Menschen angeklagt, die in einem kurzen Stau stehen müssen, um auf diese Missstände in einer Weise aufmerksam zu machen, die uns nicht einfach so weitertun lässt wie bisher. Mir geht es ausdrücklich nicht darum Menschen in ihrer Bewegungsfreiheit einzuschränken. Nicht das Auto-Fahren als solches ist schlimm, sondern unser kollektives Handeln. Unser Protest soll ein Symbol sein, dass ein weiter-so nicht möglich ist. Dass wir uns aus unserem weiter-so befreien müssen. Dass wir aus den Vehikeln der Gewohnheiten aussteigen müssen und uns empören müssen. Dass wir uns mit den Folgen unseres Handelns auseinandersetzen und Verantwortung übernehmen müssen. Und wir müssen das alles JETZT von uns und unseren Politiker:innen einfordern. Je länger wir mit dem Schutz unserer Lebensgrundlagen warten, desto drastischer werden zukünftige Freiheitseinschränkungen ausfallen müssen. Und sie werden meist besonders zu Lasten derer ausfallen, die sich die Anpassungsmaßnahmen nicht leisten können. Zuerst im globalen Süden, aber auch hierzulande: Hätten wir rechtzeitig Maßnahmen ergriffen, die unvermeidliche Umstellung auf fossilfreies Heizen in die Wege zu leiten (wir wissen das im Grunde seit 40 Jahren), wären wir da jetzt schon und müssten nicht hopla-hop zu Lasten derer darauf pochen, für die eine Umstellung schwierig ist. Hätten wir rechtzeitig Maßnahmen ergriffen, unsere Ernährung auf eine Grundlage zu stellen, die unsere Natur auch langfristig ermöglichen kann, müssten nicht unsere Bauern auf die Straße gehen (und immer noch wird Kerosin nicht besteuert oder Kurzstreckenflüge ganz einfach verboten!)

Wir wollen keine Regierung, unsere Demokratie oder unsere Rechtsordnung stürzen. Genau das Gegenteil ist der Fall. Unser Tun zielt ja gerade auf gleiche Rechte, Freiheit und Gleichheit für alle ab, unabhängig wann und wo sie geboren werden. Wenn, dann sind wir ein Symptom der

wackelnden Stabilität unseres Rechtsstaat als eine Ursache dafür. Und by the way wird unsere eigene eingesetzte Verletzlichkeit durch genau diesen Rechtsstaat geschützt. Nur innerhalb der grundsätzlichen Anerkennung unserer Rechtsordnung macht unsere Aktion Sinn. Wir wollen Potentiale entfalten. Ich will unseren demokratischen Regeln folgen, aber ich kann nicht anders, als Wege zu suchen, die entscheidende Veränderungen in Gang setzen können. Unsere Gesellschaft will gerecht sein, ist es aber in diesem Kontext nicht. Wir haben keine kriminellen Ziele, sondern fordern nur ein, dass die Ziele, die dieses Land unterschrieben hat, auch umgesetzt werden und nicht von mächtigen fossilen Lobbygruppen unterstützt von unser aller Gewohnheiten und Trägheit wieder zunichte gemacht werden.

Versammlungsfreiheit und Entfaltungsfreiheit kollidieren bei unseren Protesten, wie bei jeder anderen angemeldeten Demonstration. Von der Auflösung der Versammlung bis zur Freigabe der Strasse, dauerte es in beiden Fällen nur wenige Minuten. Während unseres Protestes konnte in beiden Fällen der Verkehr weiter an uns vorbei fahren – im einen Fall über die Tankstelle, im anderen auf dem Gehweg. Nach kurzer Zeit drehten die Autos vor uns und fuhren rückwärts wieder weg. Ich kann verstehen, dass Menschen genervt sind davon, dass sie in einen solchen Protest geraten. Dies ist jedoch auch bei jeder anderen angemeldeten Demonstration der Fall und unterliegt in Deutschland einem legitimen Versammlungsrecht. Wenn ich im Bus hinter einer angemeldeten Demo stehe, komme ich nicht weiter. Das ist eben so. Wir unterliegen im Straßenverkehr der Gefahr, stecken zu bleiben – auch ohne Protest-Aktionen. Darauf müssen sich alle Autofahrenden einstellen.

Ich handelte weder gewaltvoll noch verwerflich, weshalb ich den Vorwurf der Nötigung zurückweise. Die Aktionen der letzten Generation sind das Symbol eines großen und schnellen Handlungsdrucks. Die Kriminalisierung unseres Protestes dient der Leugnung dieses Handlungsdrucks. Corona hat gezeigt, was möglich ist, wenn der Handlungsdruck erkannt ist. Die Lösungen können nur angemessen gross werden, wenn das Problem und unser Handlungsdruck auch angemessen gross gesehen und beschrieben wird. In der öffentliche Meinungsbildung ist unsere Form des zivilen Ungehorsams diskreditiert worden. Würde man sie als legitim beschreiben, wäre wohl auch der darin enthaltene Handlungsdruck anzuerkennen. Um mehr Menschen für den Protest zu gewinnen wurde die Strategie der letzten Generation vor den Kippunkten verändert und es ist keine Protestform in der Art, wie wir sie vor einem Jahr umgesetzt haben mehr geplant. Ich hoffe, dass wir alle gemeinsam Wege finden werden ins Handeln zu kommen und zwar so deutlich, wie das nötig ist. Mein derzeitiger Eindruck ist, dass nach dem Ende der Protest-Aktionen der letzten Generation in der hier angeklagten Form, das Thema wieder in den untersten Schubladen versunken ist. Auch ein Zeichen dafür, wie notwendig aber auch durchaus wirkungsvoll dieser Protest war.

Meine Hoffnung auch hier und heute vor einem Gericht, vor dem ich das erste Mal stehe ist, dass auch im juristischen Handeln deutlich wird, dass entschiedenes, gewaltfreies Handeln im Kontext der Klimakrise auch in dieser Form legitim ist. Wir als ganze Gesellschaft müssen uns zu den Auswirkungen der Klimakrise positionieren und entschlossen unsere Möglichkeiten nutzen, als Gemeinschaft eine lebensfähige Zukunft für unsere Kinder und Enkel zu erhalten. Ob dieses Gericht unser Handeln als gewaltvoll und verwerflich betrachtet, bleibt ihm überlassen. Ich träume aber von einer Gesellschaft, in der alle Systeme, eben auch die Gerichte, ihr möglichstes für den gemeinsamen Weg beitragen, der uns in eine lebenswerte Zukunft führt.

Heute wurde versucht, der Frage nachzugehen, ob unser Protest in dieser Form legitim ist. Wenn ich mir die Urteile deutschlandweit anschau, dann ist die Bandbreite für ein und die selbe Aktion doch sehr groß: Von Freispruch bis zur Gefängnisstrafe (wobei die mir bekannten Haftstrafen-Urteile in der nächsten Instanz wieder einkassiert wurden). Das sagt mir als Justiz-Laie doch, dass es dazu scheinbar keine allgemein-gültige Auslegung gibt, sondern mehr die subjektive Auslegung der einzelnen Gerichte. Unsere Aktionen wurde von Politikern in Richtung Terrorismus bewertet. Ich denke da sind wir im Bereich der Stammtisch-Politik, die ich nicht in diesem Gericht erwarte. Dennoch gehe ich davon aus, dass Gerichte eine Signalwirkung in die Gesellschaft bringen wollten. Bei härteren Urteilen ist wohl der Gedanke vorhanden: Was wenn jetzt alle Menschen wegen ihrer Anliegen die Straßen blockieren? Können wir das als Gesellschaft akzeptieren? Ich hoffe wir konnten heute darlegen, dass wir unseren Protest nicht für unsere persönlichen Anliegen auf die Straße gebracht haben. Dass es uns um eine gerechtere Zukunft geht, für uns alle. Unser Anliegen ist Klimagerechtigkeit! Und für diese Gerechtigkeit braucht es auch Gerichte – die, wie das Verfassungsgericht Stellung beziehen.

Es geht uns auch nicht um konkrete Formen, wie WIR das umsetzen wollen würden. Sondern darum, DASS wir als Gesellschaft schnellstmöglichstes ins Handeln kommen. Und deshalb sehen wir diese Form als legitim und nicht verwerflich an. Deshalb plädiere ich auch für mich auf Freispruch von dem Vorwurf der Nötigung.

Es gibt den Spruch: „Vors Gericht gehören die Verursacher der Klimakrise, nicht deren Mahner“. Dummerweise würde ich auch dann hier stehen, denn ich gehöre mit zu den Verursacherinnen. So wie vermutlich alle anderen Menschen hier im Raum und die allermeisten in unserer Gesellschaft. Wir alle sind kollektiv angeklagt: Wegen Nötigung der Menschen, die am meisten unter der Klimakrise leiden müssen – und dazu gehören auch unsere Kinder. Die Strafe aus unser aller Verurteilung für diese Anklage würde ich persönlich sehr gerne gerne akzeptieren – denn es wären vermutlich genau meine Forderungen an uns alle.

Ein Urteil gegen unsern *Protest* ist dagegen aber ein Urteil gegen die Legitimität unseres Anliegens. Im Gegenzug wäre ein Freispruch in meinen Augen auch eine Anerkennung, dass für unser Anliegen – und es ist unser aller Anliegen – diese Aktionsform legitim und vielleicht sogar notwendig ist.